

STADT WITTEN

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnen, Integration und Demografie der Stadt Witten

am 14.09.2016

im "Kulturstall" im Christopherus Hof; Im Wullen 75

Anwesend:

SPD

Aufermann, Michael
Fischer, Valentina
Marunga, Sabine
Schubert, Petra
Schuh, Christian
Wiegand, Klaus

CDU

Fiedler, Regina
Jakubowski, Kevin
Pompetzki, Volker
Warzecha, Jan

Bündnis 90 / Die Grünen

Dannert, Lieselotte
Evertz, Arnold

bürgerforum

Lechelt, Jeremia

DIE LINKE

Samoticha, Carsten

WBG

Wiedemeyer, Beate

FDP

Kunstmann, Helmut-Georg

Piraten

Borggraefe, Stefan

Seniorenvertretung

Winkler, Lothar
Sjamken, Waltraud

Christopherus-Hof, Witten

Körsgen, Werner
Clemens, Lars

Lebenshilfe Witten

Dr. König, Dieter

Ennepe-Ruhr-Kreis

Tannenfels, Jürgen

Büro für Straßenverkehr, Hilden

Strack, Karsten

Verwaltung

Schweppe, Erster Beigeordneter
Andresen, Uwe
Formann, Claudia
Niehues, Henk
Kampmann, Jürgen
Müller, Andreas
Noelle, Christoph

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und bedankt sich im Namen des Ausschusses bei Herrn Körsgen (Wohn- und Lebensgemeinschaft Witten - Christopherus-Hof) für die gastfreundliche Zurverfügungstellung des Tagungsraums.

Herr Körsgen und Herr Clemens (Mitbewohner des Christopherus-Hofs) begrüßen den Ausschuss und stellen die Einrichtung vor. Herr Körsgen berichtet über die Historie, die vielfältigen Aufgabenstellungen sowie die Planungen und Ziele der Wohn- und Lebensgemeinschaft auf dem Christopherus-Hof.

Im Rahmen der ihr eigenen Wohnform betreibt sie eine besondere Form der Eingliederungshilfe. In diesem Zusammenhang weist Herr Dr. König (Geschäftsführer der Lebenshilfe Witten e.V., die in enger Verbundenheit mit dem Christopherus-Hof zusammenarbeitet) nachdrücklich darauf hin, dass die besondere Aufgabenstellung der Einrichtung im Rahmen der Eingliederungshilfe durch die Bestimmungen des neuen Bundesteilhabegesetzes, das zum 01.01.2017 in Kraft tritt, in der praktischen Durchführung keinesfalls eingeschränkt werden darf.

Vor Einstieg in die Tagesordnung

- bestellt der Ausschuss einstimmig Frau Bettina Heins und Frau Andrea Koch als zusätzliche Schriftführerinnen des ASOWOINDE. Sie hatten sich vorab zur Übernahme dieser Aufgabe bereit erklärt. Ihre persönliche Vorstellung erfolgt in der nächsten Sitzung des ASOWOINDE an 09.11.2016. Damit wird eine rechtzeitige Nachfolgeregelung der Schriftführung für den derzeitigen, in 2017 ausscheidenden Schriftführer getroffen. Herr Noelle bleibt weiterhin stellvertretender Schriftführer.

– beantragt Herr Borggraefe die Aufnahme des zusätzlichen Tagesordnungspunktes „Mietpiegel für Witten“ als neuen TOP 5 in die Tagesordnung aufzunehmen. Diesem Antrag stimmt der Ausschuss einstimmig (ohne Enthaltungen und Gegenstimmen) zu.

Die Numerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschiebt sich entsprechend.

Öffentliche Sitzung

1. 3. Fortschreibung des Plans des `Öffentlichen Personen-Nahverkehrs für den Ennepe-Ruhr-Kreis (ÖPNV ERK)`
-Präsentation des ERK-
-

Auf der Grundlage eines Kreistagsbeschlusses und der gesetzlichen Verpflichtung gem. §§ 8 und 9 ÖPNV-Gesetz NRW erarbeitet der Ennepe-Ruhr-Kreis (ERK) z. Z. die dritte Fortschreibung des Planes für den öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV). Dabei sind insbesondere die Belange von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Die im ÖPNV enthaltenen Maßnahmen sind bis zum 01.01.2022 umzusetzen. Eine vollständige Barrierefreiheit ist zu erreichen.

In den neuen Plan des ERK sind auch alle Maßnahmen, die der Verkehrsausschuss der Stadt Witten bereits beschlossen hatte, aufgenommen worden.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens stellen Herr Tannenfels (ERK) und Herr Strack (Büro für Straßenverkehr, Hilden) dem ASOWOINDE den bisher unter Berücksichtigung aller relevanten Kriterien erstellten Plan des ERK vor. Schwerpunktmäßig wird der Bereich `Infrastruktur / Barrierefreiheit` behandelt.

Die vollständige Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Auf Anfrage von Herrn Winkler erklärt Herr Müller (Planungsamt), dass neue Maßnahmen, die sich nach Inkrafttreten des ÖPNV ergeben, jederzeit in die Witterner Ausbaupläne einfließen. Herr Tannenfels ergänzt, dass diese Verfahrensweise durch den bestehenden ÖPNV nicht eingeschränkt wird.

2. Situation der Asylbewerber in Witten

- a) Sachstandsbericht
 - b) Änderungen durch das neue Integrationsgesetz
-

2 a):

Herr Noelle berichtet, dass die Jahnhalle (Notunterkunft des Landes) inzwischen wieder vollständig dem Schul- und Vereinssport zur Verfügung steht.

In Witten leben z. Z. 1.529 Geflüchtete (davon sind 521 Kinder) und weitere 78 unbegleitete minderjährige Geflüchtete.

Im August 2016 wurden Witten insgesamt nur 11 Personen zugewiesen. Die geringen Zuweisungszahlen sind damit zu begründen, dass Witten – im Gegensatz zu vielen anderen Städten – die Zuweisungsquote noch erfüllt. Während noch zu Jahresbeginn 2016 auf Bundesebene mit rd. 800.000 bis 1.000.000 in Deutschland angekommenen Flüchtlingen kalkuliert wurde, ist diese Zahl inzwischen auf rd. 400.000 reduziert worden. Auf Witten bezogen ist für das Jahr 2016 von insgesamt 440 Zuweisungen auszugehen. Bis Jahresende 2016 sind noch 309 Zuweisungen zu erwarten. Als Hauptherkunftsländer werden Syrien, Irak, Albanien und Afghanistan genannt.

Die Zahl der angemieteten Monteurswohnungen konnte inzwischen von 500 auf 300 reduziert werden. Bis zum Jahresende 2016 werden sie vollständig aufgegeben.

Die Nutzung einzelner Bereiche der Unterkunft Brauckstr. 14 – 26 stellt sich z. Z. wie folgt dar:

- Gebäude P wird für die Verwaltung vor Ort als Verwaltungs-, Betreuungs- und Lagerbereich genutzt.
- In Kal.-Woche 39 soll mit der Belegung des Gebäudes O begonnen werden.
- Im Gebäude N soll die Belegung mit ca. 20 Personen (voraussichtlich allein stehende syrische Männer) aufgenommen werden.

Mit der Koordination der `Sozialen Betreuung`, der Nutzung der multifunktionalen Räume u. a. wurde eine Dienstkraft des SA. 50 betraut. Ab 01.11.2016 werden dort zwei weitere Sozialarbeiter/innen ihren Dienst aufnehmen.

Die Vermittlung von Familien auf den freien Wohnungsmarkt verläuft positiv, während Einzelpersonen wesentlich schwieriger zu vermitteln sind.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

2 b):

Frau Formann stellt Herrn Niehues vor, der als Jurastudent z. Z. im Bereich Integration ein Praktikum absolviert. Hier hat er sich schwerpunktmäßig mit dem neuen Integrationsgesetz und dessen Auswirkungen für die Kommunen und ihre

Verwaltungen beschäftigt. Dem Ausschuss stellt er seine umfassenden Arbeitsergebnisse in Form eines Vortrages vor. Das entsprechende Arbeitspapier wurde während der Sitzung an alle Teilnehmer verteilt; es ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Der Ausschuss soll künftig regelmäßig über die Entwicklung der Umsetzungspraxis des Gesetzes informiert werden.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

3. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Der Behindertenkoordinator berichtet dem Ausschuss über Inhalte und Verlauf der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe `Erstellung eines Aktionsplans für Witten zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention am 11.08.2016. Er weist darauf hin, dass der Verfahrensablauf weiterhin dem Zeitplan entspricht. Der erste Entwurf des Aktionsplans soll dem ASOWOINDE nach vorheriger Behandlung in der nächsten Lenkungsgruppensitzung am 29.11.2016 in seiner ersten Sitzung 2017 vorgestellt werden.

4. Verwaltung vor Ort -Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 12.07.2016- (Drucksache) Vorlage: 0273/AG16

Frau Schubert erläutert den Antrag und ergänzt diesen mit dem Hinweis auf die im Zusammenhang mit der Rathaussanierung bevorstehenden Probleme. Sie liefert damit einen weiteren Aspekt zur Begründung des Antrages. Als mögliche Umsetzungsalternative regt Frau Schubert an, die Zeit der Rathaussanierung als Testphase für die beschriebene `Verwaltung vor Ort´ zu nutzen. Wenn sich das Verfahren bewährt haben sollte, könnte `Verwaltung vor Ort´ offiziell eingeführt werden.

Herr Schewpe macht auf die Organisationshoheit der Bürgermeisterin und die beim Rat liegende Entscheidungskompetenz aufmerksam. Der ASOWOINDE kann deshalb nicht den beantragten Beschluss fassen. Im übrigen sind in der Praxis neben dem Amt für Wohnen und Soziales auch andere Stadtämter betroffen. Der ASOWOINDE kann allenfalls empfehlen, eine Vereinbarung über spätere Verfahrensweisen zu treffen.

Herr Borggraefe erläutert den Änderungsantrag zu TOP 4.1 und begrüßt ausdrücklich den Antrag zu TOP 4 .

Der Ausschuss spricht sich einstimmig (ohne Enthaltungen und Gegenstimmen) dafür aus, die beiden Anträge zu TOP 4 und zu TOP 4.1 zusammenzufassen

Auf der Grundlage des erzielten Konsens empfiehlt der ASOWOINDE ebenfalls einstimmig (ohne Enthaltungen und Gegenstimmen), den zuständigen Entscheidungsträgern, die Verwaltung mit der Prüfung der Thematik und Erstellung eines Konzepts `Verwaltung vor Ort´ zu beauftragen. Dabei ist auch darzustellen, auf welche Art und Weise die Verwaltung mobil werden und in den einzelnen Stadtteilen künftig Präsenz zeigen könnte; mögliche Kosten der Umsetzung sollten

ebenfalls kalkuliert werden. Eine Prüfoption sollte der Einsatz eines Bürgerbusses sein. Ferner sollte das Konzept Aussagen darüber enthalten, welche Verwaltungsvorgänge bereits digitalisiert und somit ortsungebunden einsetzbar sind und welche in Zukunft verbessert werden könnten. Dadurch sollte auch beurteilt werden können, inwieweit eine `Verwaltung aus dem Koffer´ ermöglicht werden kann, die bei Bedarf zu Hausbesuchen aufgerufen wird.

4.1. Änderungsantrag `Verwaltung aus dem Koffer´ zum Antrag `Verwaltung vor Ort´
Vorlage: 0276/AG16

Der Ausschuss spricht sich einstimmig für eine Kombination der Anträge zu TOP 4 und TOP 4.1 aus.

Deshalb erfolgt die Behandlung dieses Antrages unter TOP 4 .

5. Mietspiegel für Witten

Herr Borggraefe greift das Beratungsergebnis zu TOP 6 der Niederschrift über die ASOWOINDE-Sitzung am 18.05.2016 auf. Danach hatte der NRW-Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr eine Teilfinanzierung eines neuen Mietspiegels für Witten aus Landesmitteln in Aussicht gestellt. Inzwischen wurde von dort bekannt, dass eine finanzielle Beteiligung des Landes unter Hinweis auf diesbezügliche kommunale Zuständigkeiten nicht erfolgen werde.

Die dringende Notwendigkeit eines neuen Mietspiegels für Witten wird aber nach wie vor uneingeschränkt von allen Ausschussmitgliedern gesehen.

Herr Andresen weist darauf hin, dass ggf. eine Mischfinanzierung mit Erfolg angestrebt werden könnte, zumal auch die Wittener Wohnungswirtschaft an einem neuen Mietspiegel interessiert ist.

Auf Vorschlag der Vorsitzenden, der von allen Ausschussmitgliedern begrüßt wird, werden nunmehr unter Federführung von Herrn Borggraefe Vertreter aus allen Fraktionen und die Leiterin des Amtes für Bodenkultur eingeladen, um - im Interesse aller Wittener Mieterinnen und Mieter – einen gemeinsamen Antrag auf Erstellung eines neuen Mietspiegels für Witten zu formulieren.

6. Berichte der Verwaltung

6.1 Frau Formann berichtet, dass erneut 19 Jugendliche das Programm des Projekts „Kontrakt – Unternehmen für Bildung“ erfolgreich abschließen konnten. Zwölf Absolventen konnten direkt auf den freien Arbeitsmarkt vermittelt werden. Die übrigen Teilnehmer konnte erfolgreich auf den Wechsel zu weiterführenden Ausbildungsstätten vorbereitet werden.

Für Unternehmen, die an der Übernahme von Patenschaften interessiert sind, steht Frau England (Dez. 1) als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Nichtöffentliche Sitzung

7. Berichte der Verwaltung

Keine Berichte.

Vorsitzende

Schriftführer